

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O, Müldersdorfer Str. 60. — Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.
Postfach-Konto der Hauptkasse 9367 Berlin.

Schriftleitung:

Berlin O, Müldersdorfer Straße 60.

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 M. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 1,70 M.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pfg., Reklame 1,80 M.

Nummer 49.

Berlin, den 3. Dezember 1911.

12. Jahrgang.

Unternehmer und christliche Gewerkschaften.

Die Gegner der Gewerkschaftsbewegung versuchen alle Mißgriffe gegen diese auszunutzen und im schlechten Sinne zu deuten. Kleinigkeiten werden aufgebauscht, Mängel und Schwächen, die auch bei anderen Ständen und deren Organisationen vorhanden sind, benutzt, um die Verwerflichkeit der Arbeiterorganisationen nachzuweisen. Die sozialen Kämpfe sind in der Gegenwart zahlreicher als zu irgendeiner andern Zeit, schon aus dem Grunde, weil noch niemals so viele Millionen von abhängigen Menschen den sozialen Kampf zu führen genötigt waren wie in der Gegenwart. Leute, die sich nicht gern in ihrer Ruhe stören lassen oder alle harte Wirklichkeiten in die Schablone ihrer Lieblingsmeinung pressen möchten, sind überzeugt, daß für viele Kämpfe und ihre Begleiterscheinungen einzig und allein die Gewerkschaften verantwortlich gemacht werden müssen. Nicht selten wird dann die Behauptung aufgestellt: die Arbeiterorganisationen (auch die christlichen Gewerkschaften) mit ihrer Agitation, ihren Kämpfen und überhaupt ihrer ganzen Tätigkeit führten zum Klassenhaß und zum Klassenkampf. Das sind schwere Vorwürfe, wären sie berechtigt, dann hätte der Politiker und der Staatsmann alle Veranlassung, den Gewerkschaften eine aufmerksame Beobachtung zu schenken. Die organisierte Arbeiterschaft selbst hat alle Veranlassung, die ihr gemachten Vorwürfe ernsthaft zu untersuchen; denn wären solche Vorwürfe wahr, dann müßte auf die Dauer auch die Gewerkschaftsbewegung selbst Schaden erleiden.

Unternehmer und Arbeiter sind in der Gegenwart diejenigen, die die Gütererzeugung ermöglichen. Die Unternehmer als die Besitzer des Kapitals und technischen Leiter der Produktion brauchen Arbeiter, um die verschiedensten Artikel herzustellen, mit denen die Menschen ihre Bedürfnisse befriedigen. Unternehmer und Arbeiter haben an einem guten Geschäftsgang ein gemeinschaftliches Interesse, nur dieser ermöglicht es dem Unternehmer, auf hohe Gewinne zu rechnen, und dem Arbeiter, mit guten Gründen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen verlangen zu können. Dann aber beginnen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber die Interessengegensätze. Jeder Unternehmer wird bestrebt sein, Arbeitskräfte so billig als möglich zu beschaffen. Lange Arbeitszeit ist auch heute noch für viele Unternehmer ein Ideal, und Ausgaben, die Leben und Gesundheit des Arbeiters sicherstellen, wird der Unternehmer in den meisten Fällen vermeiden. Professor Pohle sagt in seiner Broschüre: „Der Unternehmerstand (Taubner, Leipzig und Dresden): „Sein ganzer Betrieb muß ihm eigentlich fortwährend ein Problem sein, ob er sich nicht noch sparsamer einrichten läßt.“ Wie weit die „Sparsamkeit“ auch getrieben wird, wenn es gilt, Unfälle vorzubeugen, darüber belehren uns die Statistik und die verschiedensten Untersuchungen. Auch bei den Arbeitslöhnen wird der Unternehmer versuchen, soviel als möglich zu sparen. Pohle meint in seiner Broschüre: „Seine volkswirtschaftliche Stellung macht es ihm zur Pflicht, dem Arbeiter nicht mehr Lohn zu zahlen, als er ihm nach Lage des Arbeitsmarktes und nach dem dauernden Interesse seines Unternehmens, das die Erhaltung eines geschulten Arbeiterstandes fordert, zahlen muß.“ (Seite 14.) Unter dem Einflusse einer scharfen Konkurrenz, der die meisten Unternehmer ausgesetzt sind, wideln sich auch die Dinge in der beschriebenen Weise ab.

Der Arbeiter wird einen andern Standpunkt vertreten. Steigende Preise, höhere Ansprüche an das Leben zwingen ihn, auf höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit usw. hinzuwirken. Kein Zweifel also, daß zwischen Arbeitgeber und Arbeiter Interessengegensätze vorhanden sind. Diese werden auch nicht aus der Welt geschafft, wenn bestimmte Kreise sie ableugnen und dem Arbeiter weismachen wollen, seine Interessen seien mit denen des Unternehmers in allen Punkten gleichlaufend. — Ohne Organisation bestimmt der Unternehmer, unter welchen Bedingungen der Arbeitsvertrag abgeschlossen wird, das heißt, der Arbeiter hat eigentlich über die Lohn- und Arbeitsbedingungen nichts zu sagen. Daß der Unternehmer sein Interesse in erster Linie wahrt und, wie Pohle sagt, volkswirtschaftlich wahr sein muß, hat der Arbeiter mit schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu rechnen.

Um auf die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Einfluß zu gewinnen, haben sich die Arbeiter in Organisationen zusammengeschlossen. Der Unternehmer, der das Recht, Lohn- und Arbeitsbedingungen festzusetzen, durch die Vergangenheit als geheiligt ansieht, lehnt anfangs auch mit der Gewerkschaft jede Ver- und Unterhandlung ab. Eine Gewerkschaft, die ernsthaft die Interessen ihrer Mitglieder vertreten will, ist genötigt, mit dem Unternehmer den Kampf zu führen. Viele Arbeitsverhältnisse wären nicht nötig, wenn die Unternehmer ihren Herrenstandpunkt, der in dem Gedanken gipfelt: wir verhandeln nicht, aufgeben wollten. Kämpfe sind somit unvermeidlich, ja, sehr oft notwendig, um einem sozial rückfälligen Unternehmertum eine

andere Auffassung beizubringen. Diese Dinge werden von vielen Leuten vergessen, die über den sozialen Frieden kluge Betrachtungen anstellen; sie wissen ausnehmend nicht, daß viele Unternehmer in diesem Punkte erst unlernen müssen. Da hier dann auch die falsche Auffassung, daß durch die hartnäckigen, oft längere Zeit dauernden Kämpfe die Klassengegensätze verschärft würden. Haben sich die Unternehmer im Gewerbe erst von der Ansicht freigemacht, daß sie allein über Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bestimmen hätten, dann werden beide Parteien auch ihre Stellung besser würdigen lernen. Es soll nicht verkannt werden, daß auch in Arbeiterkreisen die Tätigkeit des Unternehmers vielfach nicht richtig gewürdigt wird. Bei Tarifverhandlungen und auch nach dem Tarifabschluß wird hier in den meisten Fällen im Laufe der Zeit bald eine andere Auffassung Platz greifen, der Unternehmer wird sich bemühen, mit seinen Arbeitern nicht anders zu reden, als er das sonst im Geschäftsleben tut. Er wird einsehen lernen, daß die Behandlung von Menschen eine Kunst ist, die geübt sein will, und noch nicht jeder, der großen Rabau zu machen versteht, der geeignete Mann ist, mit Arbeitern umzugehen. Gerade im letzten Punkte werden unsere Unternehmer in Deutschland noch viel lernen müssen. Der Unternehmer begreift auch, daß durch seine Unterorgane dem Arbeiter unrecht getan werden kann, was früher vielfach vollständig in Abrede gestellt wurde.

Sicher hat die Gewerkschaftsbewegung den Gesichtskreis des Arbeiters auch zur Beurteilung der Stellung des Unternehmers bedeutend erweitert. Die Schwierigkeiten, mit denen der Unternehmer zu rechnen hat, lernt auch der Arbeiter kennen. Der Arbeiter sieht ein, daß die Interessengegensätze zwischen ihm und dem Unternehmer nicht auf bösem Willen beruhen, sondern in den natürlichen Verhältnissen begründet sind. Da nun auch die berechtigten Forderungen durch die Gewerkschaft abgestellt werden, hat der Arbeiter weniger Veranlassung, als in vollständig unorganisierten Betrieben seinen Arbeitgeber zu hassen. Ja, mehr, der organisierte Arbeiter wird das Pflichtgefühl bekommen: für gerechten Lohn auch seine Arbeit zu leisten. Wer die Arbeiter und ihre Bewegung nicht kennt, der ist der Ansicht, daß die Organisation die Unzufriedenheit schaffe. Ein wenig Studium zeigt bald, daß die Verhältnisse doch anders liegen. Der organisierte Arbeiter bringt seine Ansicht zum Ausdruck und sucht Mißstände zu beseitigen. Der Unorganisierte scheint kein Gefühl für alle Ungerechtigkeiten zu haben und auch gar nicht das Bedürfnis nach besseren Zuständen. So scheint es! Feigheit, manchmal auch bittere Not oder ein unerhörter Zwang gebietet dem Arbeiter zu schweigen und seinen Haß, ja, oft glühenden Haß, im Busen zu tragen. Glaubt der unorganisierte Arbeiter sich sicher oder hat er sich einmal „Mut“ angetrunken, dann macht er seinem Herzen Luft, und manche Unternehmer würden staunen, wenn sie einmal ihre „Lieblinge“ schimpfen hören würden. Die Gewerkschaftsbewegung regt ihre Mitglieder an, die verwickeltesten wirtschaftlichen Verhältnisse zu begreifen. Erst die Einsicht in die ökonomischen Zusammenhänge lernt die Dinge richtig beurteilen. Unternehmer, die früher Arbeiter waren, sind in der Behandlung ihrer Arbeiter oft unaufrichtiger als der gebildete und vermögende Unternehmer. Wie manche Sozialdemokraten den Unternehmerstandpunkt zu vertreten verstehen, das zeigen die Vorgänge in roten Partei- und Genossenschaftsbetrieben. Der organisierte Arbeiter kann das alles beobachten. So leistet die Gewerkschaftsbewegung eine nicht zu unterschätzende Erziehungsarbeit auch im Interesse der Gesamtheit. Und gerade die christlichen Gewerkschaften können den Vorwurf, sie erzögen ihre Mitglieder zum Klassenhaß, zurückweisen. Wollte die Unternehmerpresse, die immer über den sozialdemokratischen Klassenkampf leitet, ihre Leser in ähnlicher Weise erziehen, wie dies in den christlichen Gewerkschaften geschieht, sie würde damit mehr erreichen, als das heute geschieht. Heute treibt die scharfmacherische Presse nichts anderes, als Klassenkampf. Was manche Unternehmerblätter ihren Lesern bieten, wird den wirklichen Verhältnissen so wenig gerecht, daß man staunen muß, wie es möglich ist, daß viele Unternehmer sich veranlassen lassen. Gerade deshalb, weil wir uns in den christlichen Gewerkschaften bemühen, der volkswirtschaftlichen Stellung des Unternehmers gerecht zu werden, sind wir aber auch andererseits in der Lage, besto entschiedener Ungerechtigkeiten bekämpfen zu können und berechtigten Arbeiterwünschen den nötigen Nachdruck verschaffen zu können. Die christlichen Gewerkschaften sind Arbeiterorganisationen, deren Existenz in den ökonomischen Verhältnissen der Gegenwart begründet ist. Sie werden als Gewerkschaften die berechtigten Interessen der Arbeiter vertreten, dabei, wie das selbstverständlich ist, die volkswirtschaftlichen Verhältnisse berücksichtigen und ihre Mitglieder zur Erkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse erziehen. Eine solche Arbeit kann als eine hohe Aufgabe im Interesse der Arbeiterschaft und des ganzen wirtschaftlich aufwärtsstrebenden deutschen Volkes betrachtet werden.



Dreifach ist der Schritt der Zeit;
Zögernd kommt die Zukunft hergezogen,
Pfeilschnell ist das Jetzt entflozen.
Ewig still steht die Vergangenheit.

Schiller.



Oberschlesisches.

Ein trauriges Blatt ist die in Ratibor erscheinende, im Dienste „Sitz Berlin“ stehende „Oberschlesische Volkszeitung“. Das Blatt bringt einen Artikel der französischen Zeitung „Liberté“ über die christlichen Gewerkschaften Deutschlands, in welchem die alten Unwahrheiten von „Sitz Berlin“, die von uns längst richtiggestellt sind, in neuer Aufmachung einem bedauernswerten Lesepublikum serviert werden. Das Blatt hat obenbreit die Seiten, den Artikel, der von einem „Berliner“ Schwindler dem französischen Blatt in bekannter Weise übermittelt worden ist, als eine „Stimme des Auslandes“ zu bezeichnen. Dabei weiß das Blatt so genau wie wir, daß der ganze Pressenbruch gegen die christlichen Gewerkschaften in der französischen, spanischen, italienischen, belgischen und holländischen Presse samt und sonders von der deutschen „Berliner“ Gemeinde ausgegangen ist und noch ausgeht. Trotzdem eine „Stimme des Auslandes“. Man kennt die Gewerkschaften jedoch zu genau, die erst ihre Artikel im Ausland in gesümmelbervandenen, jedoch ebenso bedeutungslosen Blättern unterbringen, um sie nachher in fettgedruckten Lettern als: „Ein aufsehenerregender Artikel“, eine hochbedeutende Nachricht“ usw. in den eigenen Spalten als „Stimmen des Auslandes“ zu rubrizieren. Glendes, jetiges Schwindler- und Verleumdungspad.

Einen gleichen niedrigen Schwindler leistet sich das Blatt in seiner Nummer 267. Da diese gerade wieder eine Sonntagsnummer ist, nehmen wir an, daß das Blatt es für angemessen hält, allsountäglich seinen Lesern einen solchen über die christlichen Gewerkschaften aufzutischen. Dort wird nämlich behauptet, unser Bezirksleiter Ehrhardt-Rattowitz betreibe deshalb in Ratibor Agitation, weil unsere Kassen leer seien und diese durch die Ratiborer Arbeiter wieder gefüllt werden sollten. Genau so machen es alle arbeiterfeindlichen Scharfmacherblätter, wenn sie die Gewerkschaften bekämpfen. Daß das Organ sich als „Zentrumorgan“ bezeichnet, macht die Sache nur noch um so schlimmer. Nicht sollen uns die Ratiborer Bauarbeiter die Kassen füllen, nein, sie werden uns, um sie aus ihrer elenden wirtschaftlichen Lage zu befreien, ein erhebliches Stück Geld kosten. Dazu sind wir genötigt, wollen wir nicht die Bauarbeiterschaft Oberschlesiens in ihrer Gesamtheit schädigen. Es ist ein unhaltbarer Zustand, wenn in einem eug an das obereschlesische Industriegebiet angrenzenden Bezirke geradezu Hungerlöhne gezahlt werden. Im obereschlesischen Industriegebiet steigt der Stundenlohn für 1912 auf 49 Pf. In Ratibor, einer Stadt mit 35 000 Einwohnern, beträgt er fürs nächste Jahr 36 Pf., für Randzin 39 Pf., für Leobschütz mit über 13 000 Einwohnern 32 Pf., für Bauerwitz 33 Pf. und für Katscher 34 Pf. „Sitz Berlin“, „vereinbarte“ diese Lohnsätze mit den Unternehmern in einem Tarifvertrag, den auch der christliche Bauarbeiterverband haben konnte, den er aber der elenden Lohnsätze und der Konsequenzen halber nicht akzeptierte. „Sitz Berlin“ hat allerdings auch an dem von ihm abgeschlossenen „Vertrag“ nicht das geringste Verdienst, da er nur die Errungenschaft des von den Gewerkschaften im Baugewerbe im vorigen Jahr geführten Kampfes ist und einen Abklatsch des allgemeinen Vertragsmusters und des Dresdener Schiedspruches darstellt.

In Oberschlesien mußte der erfreuliche Fortschritt der Bauarbeiter gegen den Widerstand der katholischen Fachabteilungen, beziehungsweise deren Führer, erkämpft werden. Damit haben sie sich auch den Todesstoß verfehlt, im engeren Industriegebiet gibt es keine Bauarbeiter mehr, die den katholischen Fachabteilungen angehören. Dagegen zählt die Verwaltungsstelle Rattowitz des christlichen Bauarbeiterverbandes über 2100 Mitglieder, mithin viermal mehr Mitglieder, als die katholische Fachabteilung für das Baugewerbe in ganz Deutschland hat. In ganz Schlesien hat der christliche Bauarbeiterverband heute fast 5000 Mitglieder.

In Ratibor und Umgebung hat es „Sitz Berlin“ durch seine Demagogie und seinen Terrorismus (in der ganzen Gegend steht ein fast kein Versammlungsort zur Verfügung, haben wir ein, wird es uns abgetrieben) verstanden, uns bis jetzt keinen größeren Einfluß auf die Bauarbeiter gewinnen zu lassen. Die Folge war, daß die dortigen Bauarbeiter mit ihr immer mehr hinter denen des engeren Industriegebietes zurückblieben. Die Unternehmer waren schon genau einzusehen, daß dieser Zustand auf die Dauer nicht beizubehalten war, daß die

F. C.

Der Agitator und der Wissenschaftler. Wie sehr die vernünftige und nüchtern Beurteilung der Feuerungsfrage seitens eines sozialdemokratischen Wissenschaftlers (Genosse Dr. C. Schulz in den „Sozialistischen Monatsheften“ Nr. 23) abhinkt von der blutrünstigen Art des sozialdemokratischen Agitators, der nur mit nichtsagenden Kraftausdrücken um sich wirft, zeigt eine Gegenüberstellung zur Fleischsteuerungsfrage.

Im nahen Dänemark, in Holland ist Ueberfluß an billigem Schlachtvieh. Es reißt sich sozusagen die Stirn wund an unsern Grenzpfählen und will nach Deutschland hinein, um hier geschlachtet zu werden. („Genosse“ D. Wendel: „Die Fleischwucher! Die Gottesgnadenhül!“ Frankfurt 1911.)

Zu einer parteigenösslichen Agitationschrift des letzten Jahres wird dem Leser das verlockende Bild von einem an unsern Grenzen sich drängenden „Ueberfluß an billigem Schlachtvieh“ vor die Augen gezaubert, das sich sozusagen die Stirn an unsern Grenzpfählen wundreibt, um hier geschlachtet zu werden. Dieses schöne Bild gleicht leider nur zu sehr einer Fata Morgana, der die raube Wirklichkeit durchaus widerspricht. Von unsern Nachbarstaaten haben wir für unsere Fleischversorgung allzuviel nicht zu hoffen, und von Jahr zu Jahr werden wir immer mehr darauf hingewiesen, unsere Inlandsproduktion zu steigern und zu verbilligen. („Genosse“ Schulz in den „Sozialistischen Monatsheften“ 23, 1467.)

Das deutsche Volk wird alle in den kommenden Monaten wieder Wucherpreise auf der ganzen Linie zu verzeichnen haben — dank unserer glorreichen Schutzoll- und Grenzsteuerepolitik, die den Agrariern die Taschen füllt und dem Volke die wichtigsten Lebensmittel unerschwinglich im Preise steigert. („Leipziger Volkszeitung“ 138, 19. Juni 1911.)

Endlich düstern die Bewohner der Städte bei einer derartigen Agrarpolitik auch als Konsumenten und Käufer landwirtschaftlicher Produkte ganz gut ihre Rechnung finden, auf die Dauer jedenfalls besser, als wenn sie sich bei einer Zeit, da das Reich ernsthaft daran denkt, durch Bildung eines Petroleumhandelsmonopols das Koch- und Standard Oil Company abzuschütteln, in der viel wichtigeren Fleischversorgung vom amerikanischen-argentinischen Fleischtrust abhängig machen wollten. („Sozialistische Monatshefte“ 23, 1467.)

Wie unendlich lächerlich nimmt sich demgegenüber das Gedwölz des sozialdemokratischen Agitators vom „Wundreiben der Stirn“ aus. Es steht zu erwarten, daß auch er mit seinen lächerlichen Phrasen sich „die Stirn wundreibt“ an dem gesunden Denkfähigkeit unseres Volkes, und daß dieses sich immer mehr abwendet von einer derartig widerlichen Hege!

Sozialdemokratische Streikbrecher. In der Gebeilbacher Fabrik von W. Riffarth in W.-Glabach haben sich die christlich organisierten Goldschmittmacher gezwungen, in den Streik zu treten. Das Buchbinderpersonal dieser Firma war fast ausschließlich im graphischen Zentralverband organisiert und nur drei Arbeiter gehörten dem sozialdemokratischen Buchbinderverband an. Dem Ersuchen der christlichen Organisation, den Zugang zu der bestreikten Firma zu sperren, kam das sozialdemokratische Organ in der bezeichneten Weise nach, indem es lediglich mitteilte, daß christlich organisierte Goldschmittmacher im Streik ständen. Jede sonstige Bemerkung fehlte. In Wirklichkeit fanden sich infolge dieser Mitteilung mehr Zureisende und Goldschmittmacher in W.-Glabach ein, als vor Veröffentlichung besagter Notiz. Durch Sonderverhandlungen der Firma mit Vertretern der sozialdemokratischen Richtung wurde die Lage der Streikenden immer kritischer und schließlich mußte der Streik als erledigt gelten, da die Plätze der Streikenden fast sämtlich von sozialdemokratischen Goldschmittmachern besetzt wurden. Das Streikobjekt mit der Firma war kaum von besonderer Bedeutung, und die Firma hat auch letzten Endes die Forderungen der christlichen Organisation durch Unterschrift bewilligt. Die Differenzen waren wegen neuer Berechnungsarten entstanden und der Zweck des Vorgehens war die Abwehr vorgenommener Verschlechterungen. Hier haben wir nun die Tatsache zu verzeichnen, daß christlich organisierte Arbeiter zur Verhütung von Verschlechterungen in den Kampf traten und Streikbrecher aus dem roten Lager die erzwungenen Vorteile einheimten; christliche Arbeiter mit ihren Familien sind infolge der sozialdemokratischen „Selbentaten“ brotlos gemacht. Es lebe die sozialdemokratische „Solidarität“!

Ueber Gesellenverein und Gewerkschaften sprach Verbandssekretär Haker am 29. Oktober in einer Konferenz der Gesellenvereine des Bezirks München. Beide Organisationen, so führte der Referent aus, seien verschieden in ihren Zwecken und Zielen; zwei ganz verschiedene Organisationen mit verschiedener Verfassung. Zwischen beiden bestehe aber heute eine offizielle Einigung. Wenn es hier und da zu Meinungsverschiedenheiten gekommen sei und noch komme, besonders in den kleineren Städten, so liege die Schuld fast nur in Mißverständnissen und jugendlichem Eifer und Ueberreife. Eine Förderung der christlichen Gewerkschaften sei heute unbedingt notwendig, schon mit Rücksicht auf die sozialdemokratische Gefahr. Wenn der Gesellenverein auch nicht positiv in die Agitation für die christlichen Gewerkschaften eintreten könne, so müsse er aber alles anstreben, um die Mitglieder von den sogenannten „freien“ Gewerkschaften fernzuhalten; denn diese Mitglieder seien durch und durch für den Gesellenverein verloren. Die anschließende Diskussion ergab die volle Uebereinstimmung der Versammelten mit den Ansichten des Referenten. Insbesondere wurden die Vereine darauf hingewiesen, die Mitglieder gründlich und frühzeitig über Wesen, Zweck und Bedeutung der christlichen Gewerkschaften zu belehren.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: Berlin (Dachdecker) die Firma Althaus, Adersitt, Essen (Hiesener) Sperr über die Essener Baumaterialien, Vertriebsgesellschaft Lange und Co. p. r., sowie sämtliche Arbeiter des Zwischennieisters C. Eiser, Geln für Plattenleger die Zwischennieister C. Eiser, Lüdinghausen (Streit der Maurer und Bauhilfsarbeiter), Duisburg, Hiesener (Sperr über den Zwischennieister Krüsten), Gollanisch (Sperr über Pawlick) wegen Maßregelung. Zugang ist fernzuhalten.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Montags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)
Wir machen die Kollegen in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 3. Dezember, der vierzigste Wochenbeitrag fällig ist.

Duisburg. (Verwaltungsstelle.) Am Sonntag, den 5. November, fand im Lokale Bouz, Tellstraße 28, die 3. Generalversammlung der Verwaltungsstelle Duisburg des christlichen Bauarbeiterverbandes statt. Aus dem Kassen- und Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß auch in diesem Quartal ein weiterer Fortschritt zu verzeichnen war. Die Mitgliederzunahme betrug 23, im vorhergehenden Quartal 258. Neu aufgenommen wurden 358. Uebergetreten aus dem sozialdemokratischen Bauarbeiterverband sind 18. Eine recht große Fluktuation und Verschlebung der Mitglieder fand im 3. Quartal statt. Die Abreise der Mitglieder nach anderen Orten war recht erheblich, während die Zureise sehr minimal war. Auch gibt es heute noch eine beträchtliche Zahl von Bauarbeitern aller Berufe, welche nur so lange der Organisation angehören, als sie sich unter Organisierten befinden. Hier fehlt es wesentlich an einem gesunden Bewusstseinswesen. Der Engherzigkeit und Laubheit kann nie genug Abbruch getan werden. Immer noch ist eine große Zahl organisationsfähiger Bauarbeiter im Gebiet vorhanden und es erscheint noch ein gewaltiges Stück anstrengender Arbeit, dieselben dem Verbandszuge zu führen. Der große Wechsel der Hilfsarbeiter und Vorstandsmitglieder trägt nicht unwesentlich zur Verminderung der Weiterentwicklung bei. Das Mehr der verkauften Beitragsmarken betrug 2133. Die Mehrerhebung der Zentrale betrug 1195,60 M., die der Verwaltungsstelle 1219,29 M. In finanzieller Beziehung ist die Verwaltungsstelle einen guten Schritt vorwärts gekommen. Doch darf dieses nicht dazu dienen, uns der bescheidenen Ruhe hinzugeben, wozu wir uns nicht im vierten Quartal alle Kräfte in den einzelnen Jahrestellen angestrengt werden und die noch organisationsfähigen Bauarbeiter aller Berufe unserm Verbandszuge geführt werden. Der Versammlungsbesuch war ein recht guter zu nennen. Der angeordnete Sparplan tritt hier zu recht, aber am unrichtigen Platze, in die Erscheinung. Die Bautätigkeit war in verschiedenen Orten eine sehr minimale, besonders auf der linken Rheinseite, auch beschäftigt man nicht überall deutsche Bauarbeiter, so sind z. B. an der Kolonie der Besse Diergart in Hochemmerich nur italienische Bauarbeiter beschäftigt worden. Die Einhaltung der bestehenden Tarifverträge wird im allgemeinen befolgt, nur in wenigen Fällen machen sich Klagen bemerkbar, und wo dieses geschieht, sind es unorganisierte Unternehmer. Im Tiefbaugewerbe schlägt man sich sozusagen um die Akkorarbeit. Man wohnt Tag und Nacht, alle Regenperioden werden durchgearbeitet, um einen möglichst hohen Ueberschuß zu erzielen. Das Ende resultat ist gewöhnlich, daß am Gewerbergericht geklagt werden muß, inzwischen hat die Firma ihren Namen geändert, der ursprüngliche Inhaber kann nicht mehr verklagt werden, der jetzige ist äußerst „preußisch“ eingerichtet, somit ist nichts zu holen. Durch solche Machinationen werden die Arbeiter absichtlich um ihre sauer verdienten Pfennige betrogen. Durch die leidige Akkorarbeit entstehen ebenfalls recht oft Differenzen und unergiebige Situationen unter den Ausführenden selbst. Eine Eindämmung dieses Uebels muß Aufgabe aller Kollegen sein, soweit nicht in den Verträgen die Akkorarbeit spezialisiert geregelt ist. Die Generalversammlung sah sich genötigt, hier einen kleinen Riegel in gewissen Fällen vorzusetzen. Der Bauarbeiterstand läßt vor allem in den Köpfbereichen zu wünschen übrig und müssen die Vorstände öfters auf Vorkommnisse aufmerksam gemacht werden. Recht oft wird hier der Hebel der Selbsthilfe noch angefaßt werden müssen, um halbwegs geordnete Zustände zu schaffen. Durch das Wachstum der Verwaltungsstelle, die Mitgliederzahl ist nun 405 höher wie im 3. Quartal 1910, sah sich die Generalversammlung genötigt, den Reichsverband, welchen der Verband gewährt, dem Volks- und Reichsverband zu überweisen, um so andere Ziele besser verfolgen zu können. Nachdem noch eine Anzahl gefellter Anträge durch Beschlüsse erledigt wurden, fand die recht anregend verlaufene Generalversammlung ihr Ende mit dem Appell an die Delegierten, in ihren Jahrestellen dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß auch im vierten Quartal nochmals jeder Kollege seine ganze Kraft in den Dienst unserer guten Sache stellen, regen Anteil an der Ausbreitung und Vergrößerung unseres Verbandes nehmen möge.

Eberfeld (Maurer u. Bauhilfsarb.). Am Samstag, den 4. November, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, welche ziemlich gut besucht war. Die Tagesordnung lautete: 1. Jahresbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Vortrag, 4. Beschlußes. Punkt 1 gab Kollege Eisinghauer, E. bemerkte, daß 23 Mitgliederversammlungen, eine außerordentliche, eine Generalversammlung und drei Vertrauensmännerversammlungen abgehalten worden sind. Auch gab er den Kassenbericht bekannt. Neuaufnahmen hatten wir 175 zu verzeichnen. In Punkt 2 wurden die Kollegen G. Erlinghauer als erster Vor., J. Gollhardt als zweiter Vor., F. Wollweber als erster Kassierer und Althaus Seelbach als erster Schriftführer wiedergewählt. Ferner wurden die Kollegen D. Lankow als zweiter Kassierer, R. Witt als zweiter Schriftführer, Mit. Jey und F. Dör als Beisitzer gewählt. Zu Revisoren wurden die Kollegen B. Pitton, R. Waujch, G. Hyronimus und W. Wieseborn gewählt. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. Punkt 3 mußte fallen gelassen werden, da der Referent verhindert war. In Punkt 4 entfaltete sich eine rege Diskussion über den Winterbeitrag. Kollege Preuß machte zum Schluß noch einige interessante Mitteilungen. Kollegen von Eberfeld, der Jahresbericht hat es gezeigt, daß die Kollegen im verflorenen Jahre nicht gefühllos, sondern tüchtig gearbeitet haben. Darum wieder frisch ans Werk mit neuem Mut, bis der letzte Mann dem Verbandschristlicher Bauarbeiter angeschlossen ist.

Bezirk Hannover. (Berichtigung.) In dem Bericht von der Bezirkskonferenz ist folgender Irrtum vorhanden: Es heißt: Ausgaben im ersten Halbjahre 1911 55 581,31 M., es sind im Wirklichkeit nur 32 716,93 M. Ausgaben. Dieser Irrtum ist dadurch entstanden, weil auch in dem gedruckten Jahresbericht die Streikunterstützungen für diese Zeit zu hoch angegeben sind. Hier ist dem Drucker ein Irrtum unterlaufen, es sind im ersten Halbjahr 1911 nur 373,05 M. an Streikunterstützungen ausgezahlt, da fast alle Bewegungen in dieser Zeit auf friedlichem Wege erledigt wurden. Im Bericht über die Konferenz muß es weiter unter den Lohnbewegungen im Jahre 1909 heißen: In Hannover mußten die Stucklatura einen löwöchigen Klotzkampf führen.

Bezirk Rattowik. Für Mittwoch, den 1. November, hatten wir in Rattowik eine Verwaltungskellnerkonferenz anberaumt. Bevor die Kollegen in die Heimat fahren, bemerkte Kollege Ehrhardt bei Eröffnung der Konferenz, „wird es notwendig sein, daß unsere Kollegen alle wissen, wo wir mit unserem Verband in der Verwaltungsstelle stehen.“ Von den Jahrestellen waren alle bis auf drei durch Delegierte vertreten. Kollege Ehrhardt erstattete einen längeren Bericht. Aus demselben ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl am Ende des dritten Quartals 2013 beträgt. Die Einnahme in derselben Zeit betrug

12 774,50 M. Von drei Jahrestellen, und zwar von D. Haffelw, Rosnagau und D. Probolt ist die Abrechnung noch nicht eingegangen. Das Vermögen der Verwaltungsstelle beträgt insgesamt 6313,87 M. Kollege Ehrhardt teilte mit, daß der Bezirk gegenwärtig eine Mitgliederzahl von 2374 habe und eine Gesamtzunahme im dritten Quartal von 14 282,10 M. Kollege Golla gab dann die Abrechnung mit genauer Angabe der Markten bekannt. Er wies darauf hin, daß innerhalb der Verwaltungsstelle noch immer außerordentlich viele Arbeitslosenmarken geliebt werden, hier müsse Ordnung geschaffen werden. Es handle sich um eine Anzahl Brüderberger, denen die übrigen Kollegen auf die Finger sehen sollten. Kollege Ehrhardt schilderte die Erfolge, die seit 1905 im oberhessischen Baugewerbe eingetreten sind. Der Stundenlohn, der im Frühjahr 1906 noch auf 32, im Herbst auf 34 Pf. stand, ist nunmehr auf 47 Pf. dieses Jahr und nächstes Jahr 49 Pf. heraufgebracht. Heute könne kein Kollege daran zweifeln, daß dieses nur durch die Organisation erreicht worden sei. Einen unanständigen und demagogischen Kampf suchten Waude und „Genossen“ gegen uns im Laufe der letzten Monate zu führen. Mit Klagen und Beschäftigungen wird von den „Genossen“ gearbeitet, um das Vertrauen der Mitglieder gegen die Organisationsleitung zu untergraben. Kollege Ehrhardt zeigte an Beispielen, wie die Sozialdemokratie arbeitet. Die „Volksmacht“ habe im Juni berichtet, daß die christlichen Gewerkschaften in Oberhessen nur eine Einnahme von etwas über 500 M. im Jahre 1910 mit fünf Beamten gehabt hätten. So unverschoren könne doch nur ein Sozialdemokrat lügen. Kollege Ehrhardt zeigte auch, wie oft Waude und „Genossen“ im Laufe der Jahre unsere Kollegen angelogen haben. Auf alle Klagen zu antworten, die von den „Genossen“ verbreitet werden, ist unmöglich, deshalb müssen alle Vertrauensleute mit der Leistung dahin arbeiten, daß von unseren Kollegen keiner mehr den „Genossen“ glaubt. Nur ein einfühliger Mensch läßt sich belügen. Kollege Ehrhardt erfuhr die Mitglieder durch eifriges Studium sich Material anzueignen und dann zum Angriff gegen die „Genossen“ überzugehen. „Die Entwicklung in oberhessischen Baugewerbe,“ so führte Kollege Ehrhardt aus, „hat aber auch gezeigt, was von den katholischen Fachabteilungen zu halten ist. Wo gibt es im Jubelgebiet noch Facharbeiter? Es sind nur ein paar Jahre her, als uns Arbeitersekretäre vom „St. Berkin“ versicherten, Oberhessen habe „St. Berkin“ vollständig annerknt. Heute können die Fachabteilungen im oberhessischen Baugewerbe ihre Mitglieder mit der Laterna suchen.“ In den Bericht des Vorstandes schloß sich eine längere Debatte. Von allen Rednern wurde der erste Mißstand beklagt, weiter an der Ausbreitung des Verbandes zu arbeiten. Beschlossen wurde, im nächsten Winter in einigen Kreisen dreitägige Unterrichtsreisen abzuhalten. Der Vorstand wurde beauftragt, die Vorträge und den Termin festzusetzen. Im übrigen herrschte auch darüber Einstimmigkeit, daß im Winter eine rege Agitation betrieben werden soll, um im Frühjahr gerüstet zu sein. Von den Kollegen Prof. Kaminski, Florian, Thomaia und Staffa wurden verschiedene Wünsche bezüglich der Agitation geäußert. Nachdem der Vorstand gewählt worden war, hielt Kollege Ehrhardt das Schlußwort. Er sagte die Beratungen kurz zusammen und gab der Ansicht Ausdruck, wenn die Kollegen das hier Gehörte auch praktisch in der Agitation verwerten wollten, dann wären weitere Erfolge zu erwarten. Unsere Hauptaufgabe müsse zum Herbst sein, die vorhandenen Mitglieder dem Verbandszuge zu erhalten. Dann gelte es aber, die Begeisterung wachzuhalten. Eine Bewegung, die einen gewissen Schwung vermilte, müsse zur Bedeutungslosigkeit herabsinken. Das zeigen uns am besten die Kirch-Dunderschen Gewerksvereine, die gleich einem alt gewordenen Weis dahinstehen, gewerkschaftlich aber jede größere Bedeutung verloren haben. Ohne Opfermut, ohne idealen Schwung kommen wir nicht vorwärts. Seien wir der hohen Arbeit bewußt, die wir zu leisten haben für unsere Kollegen und für die Gesamtheit. Wenn wir rückwärts blicken, dann ermutigen uns die Erfolge zur eifrigen Weiterarbeit in der Zukunft.

Dort. Trozdem unser Ort reichlich drei Stunden von der nächsten Eisenbahnstation entfernt liegt, war es möglich gemacht worden, daß am 12. d. Mts., mittags 1 Uhr, eine Bauarbeiterversammlung stattfinden konnte. Die Kollegen Radolka und Funke aus Biesen waren mit dem Bezirksleiter Kollegen Müller aus Fojen dazu erschienen. Derselbe hielt uns einen sehr lehrreichen Vortrag über die Arbeiterbewegung in Deutschland. Zum Schluß seiner Ausführungen forderte er alle auf, dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter beizutreten. Die geringen Opfer, die der Verband fordert, müsse jeder überzeugte Kollege gerne bringen. Der Beschl. bewies, daß alle Kollegen mit den Ausführungen einverstanden waren. Als Erfolg dieser Versammlung dient die Tatsache, daß eine Jahrestelle gegründet werden konnte, welcher alle Anwesenden beitraten. Als Vorsitzender wurde gewählt Kollege Johann Radolka, Kollege Joseph Paech als Kassierer, Kollege Franz Bielecki als Schriftführer, als Revisoren die Kollegen Johann Frons und Stephan Weinert. Die Jahrestelle ist der Verwaltungsstelle Biesen angeschlossen. Mögen die Kollegen von Dort nun tren zum Verbandszuge und dazu beitragen, daß alle Fernstehenden noch gewonnen werden. Im Geschäftlichen wurde beschloffen, dem Radfahrerverband Concordia beizutreten. Die erste interessante Versammlung wurde von dem Leiter der Versammlung, Kollegen Radolka, mit der Hoffnung geschlossen, daß sich unserm Verbandszuge noch viele anschließen möchten.

Wronke. Am 29. Oktober fand unsere Mitgliederversammlung statt, zu der Kollege Kinsch-Pofen als Referent erschienen war. Derselbe erstattete zuerst Bericht von der Mündigen Generalversammlung und erörterte sodann unsere gegenwärtigen Aufgaben. Aus dem vorjährigen Kampf sollten wir lernen, damit wir im Jahre 1913 nicht schuldig dastehen. Aber mit dem Beitragszahlen allein ist es nicht getan, wir sollen ebenso eifrig die Versammlungen besuchen und in der Agitation tätig sein.

Aus unseren christlichen Verbänden.

Ausschussung des Gesamtverbandes. Der Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands hielt seine diesjährige Versammlung am 4. und 5. Oktober in Düsseldorf ab. Wie bei früheren Tagungen waren auch diesmal die Redaktoren der christlichen Gewerkschaftspresse zugezogen. Im Geschäftsbericht des Vorstandes wurde darauf hingewiesen, daß die günstige Entwicklung der christlichen Gesamtverbände seit der Frühjahrstagung weiter angehalten hat. Daran habe auch der verstärkte Kontakt der Gegner nichts ändern können. Die Erwartungen der Sozialdemokratie, mit ihrer Hege bezüglich der Reichsversicherungsordnung den christlichen Gewerkschaften Abbruch zu tun, hätten sich nicht erfüllt. Die Erkenntnis über das arbeiterfähigende Verhalten der Sozialdemokratie bei diesem Geheh wie bei der Arbeiterversicherung überhaupt sei in weitere Arbeiterkreise vorgezogen. Mit der N.-B.-D. könne die Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen kaum besondere Geschäfte machen. Zwischen den christlichen und Kirch-Dunderschen Gewerkschaften sei auf Anregung von dritter Seite eine Annäherung zustande gekommen. Das erstrebte Ziel einer gegenseitigen Verständigung werde jedoch erschwert durch ein solch zwiespältiges Verhalten, wie es der Kirch-Dundersche Gewerksverein „Gewerksarbeiter mit seinem vielen Mitgliedern gegenüber dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter seit längerer Zeit an den Tag lege. Hier müsse von der Kirch-Dunderschen Zentralleitung nach Rechten gesehen werden. — Nähere Be-

